



Ulla Jelpke

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 71 252

📠 (030) 227 – 76 751

✉ ulla.jelpke@bundestag.de
Berlin, 28. April 2006

Pressemitteilung

Keine Kriminalisierung antifaschistischer Proteste!

Die neofaschistische NPD mobilisiert zu einer Demonstration am 1 Mai in Rostock. Der Anmelder einer antifaschistischen Gegendemonstration erhielt heute vom Oberbürgermeisteramt eine Teilverbotsverfügung. Hier erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke:

Mit einer Vielzahl von Auflagen hat das Oberbürgermeisteramt die antifaschistische Demonstration teilweise verboten. So wird diese aus der Innenstadt verbannt, damit sie der NPD nicht zu nahe kommt, explizit wird zur Auflage gemacht, „nicht zur Verhinderung oder Sprengung“ der Nazi-Demonstration aufzurufen. Durch die Verbotsverfügung zieht sich wie ein roter Faden die Sorge darum, die Interessen der Neofaschisten zu wahren.

Die rechten Schlägertruppen dürfen in der Innenstadt marschieren, und wer sich dem widersetzen will, kriegt es mit der Staatsmacht zu tun. Beim Naziaufmarsch handelt es sich um genau jene Bande, die mit rassistischen Angriffen wie jüngst in Potsdam und Wismar sympathisiert bzw. sie selbst begeht. Sich dem zu widersetzen, ist dringend notwendig.

Dass es auch möglich ist, haben voriges Jahr Tausende engagierte Berliner gezeigt, die einen NPD-Aufmarsch am 8. Mai erfolgreich blockiert hatten. Die Kriminalisierung des antifaschistischen Protestes und seine Verunglimpfung als „Gewalt von links“, wie es in der Verbotsverfügung heißt, ist ungeheuerlich. Das zeigt, dass im Rostocker Rathaus eine eklatante Fehleinschätzung der neofaschistischen Gefahr vorherrscht. Wenn der Oberbürgermeister schon die Auseinandersetzung mit den Nazis scheut, soll er wenigstens nicht noch den Antifaschisten Knüppel zwischen die Beine werfen!